

Stand der Informationstechnik

in der bayerischen Justiz

(Stand Juni 2005)

I. Ordentliche Gerichtsbarkeit

In der ordentlichen Gerichtsbarkeit in Bayern mit derzeit etwa 14.000 Bediensteten sind ca. 11.800 Bildschirmarbeitsplätze eingerichtet, an denen die Mitarbeiter durch rd. 50 justizspezifische DV-Anwendungen in nahezu allen Bereichen unterstützt werden. Die Schwerpunkte der aktuellen IT-Ausstattung und IT-Projekte lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. Gerichte

a) Geschäftsstellenautomation

Die bayerischen Justizbehörden sind mit funktionellen Verfahren zur Geschäftsstellenautomation ausgestattet. Schwerpunktmäßig werden damit die Mitarbeiter der Serviceeinheiten bzw. der Geschäftsstellen und Schreibkanzleien bei ihren zahlreichen Routine- und Massentätigkeiten (Textverarbeitung einschließlich Protokollführung im Sitzungssaal; Registratur und Vorgangsverwaltung; Fristenverwaltung; Statistik) unterstützt. Hier sind vor allem erwähnenswert die Verfahren SIJUS-Zivil für Amts- und Landgerichte, SIJUS-Vollstreckung sowie die mit Standardsoftware selbst entwickelten Textlösungen ZIVTEXT (für Zivilgerichte), STRAFTEXT (für Strafgerichte), VOLLTEXT (für Vollstreckungsgerichte), INKA (für Insolvenzgerichte), FAMTEXT (für Familiengerichte), NACHTEXT (für Nachlassgerichte) und VORMTEXT (für Vormundschaftsgerichte). In Zivil-, Familien-, Insolvenz-, Nachlass- und Vormundschaftssachen verfügen inzwischen sämtliche bayerischen Gerichte über eine entsprechende IT-Unterstützung. Die Bekanntmachungen in Insolvenzsachen werden über das gemeinsame Inso-Portal der Landesjustizverwaltungen im Internet veröffentlicht (§ 9 InsO), alle Vormundschaftsgerichte haben Zugriff auf das zentrale Vorsorgeregister der Bundesnotarkammer.

b) Elektronische Grundbuch- und Registerführung

aa) Elektronisches Grundbuch SolumSTAR

Seit Februar 2002 wird das Grundbuch in Bayern (insgesamt 5,5 Millionen Grundbuchblätter mit etwa 60 Millionen Seiten) vollständig elektronisch geführt. Mit SolumSTAR können externe Berechtigte wie Notare, Kreditinstitute und öffentliche Stellen in einem automatisierten Abrufverfahren in ihren Büroräumen vom Schreibtisch aus online das Grundbuch einsehen. Etwa 1.200 Teilnehmer machen von dieser Online-Abrufmöglichkeit jeden Monat bereits in ca. 200.000 Fällen Gebrauch. Im Jahr 2004 waren etwa 2,3 Millionen Abrufe zu verzeichnen. Inzwischen wurde das auf Web-Technologie umgestellte Abrufverfahren eingeführt und der Einsatz der elektronischen Vollzugsmitteilung vorbereitet.

bb) Neuentwicklung eines EDV-Grundbuches

Im Verbund mit allen Ländern wurde inzwischen die Realisierung eines neuen EDV-Grundbuches in Angriff genommen, das künftig eine datenbankgestützte Haltung der Grundbuchdaten und damit neue bürgerfreundlichere Darstellungsformen des Grundbuches (z.B. aktueller Auszug, grundstücksbezogene Ansicht, Belastungsübersicht), Verbesserungen des Datenaustausches mit anderen Behörden (z.B. den Vermessungsverwaltungen) und die Umsetzung des elektronischen Rechtsverkehrs im Grundbuch ermöglichen soll. Der Auftrag zur Erstellung eines Fachfeinkonzepts, der europaweit ausgeschrieben worden war, wurde erteilt; mit den Vorarbeiten für die Erstellung des Fachfeinkonzepts ist bereits begonnen worden. Allerdings sind auch noch Rechtsänderungen erforderlich, um einige der oben genannten Verbesserungen umsetzen zu können.

cc) Elektronisches Handelsregister RegisSTAR

Im Juni 2004 wurde die Einführung des elektronischen Handelsregisters RegisSTAR in den 23 bayerischen Registergerichten abgeschlossen. Alle ca. 215.000 aktuellen Firmen können damit auch über das Internet recherchiert und eingesehen werden. Inzwischen sind mehr als 6.500 Teilnehmer an der Online-Handelsregistereinsicht angeschlossen. Ferner sind im RegisSTAR-Verbund im Zuge der sog. SLIM IV-Initiative die konzeptionellen Vorarbeiten abgeschlossen worden, um die elektronische Entgegennahme, Archivierung und Beauskunftung der Handelsregisteranmeldungen und der ansonsten zum Handelsregister

einzureichenden Unterlagen (z.B. Gesellschafterlisten und Satzungen) zu realisieren. Ein entsprechender Entwicklungsauftrag wurde erteilt.

c) Richterarbeitsplatz

Die Arbeitsplätze von Richtern waren bislang vor allem dann mit IT ausgestattet, wenn es die konkrete Aufgabenstellung erforderte (insbesondere Familienrichter, Vormundschafts- und Betreuungsrichter, Richter in Handelsregistersachen). Darüber hinaus wurden zunehmend Richterarbeitsplätze in die durch Geschäftsstellenprogramme unterstützten Arbeitsabläufe integriert. Im Rahmen des Projekts baj-TECH 2000 (vgl. unten Ziff. 3) werden derzeit alle Richterarbeitsplätze mit vernetzter PC-Technik, modernen Fachanwendungen und Zugang zu E-Mail und Internet ausgestattet. In diesem Zusammenhang wird auch der Zugriff auf beck-online, ibr-online und die Datenbank "BAYERN-RECHT" ermöglicht, die nicht nur die bayerischen Rechts- und Verwaltungsvorschriften, sondern auch den Zugang zu den wichtigsten Rechtsdatenbanken der juris GmbH umfasst.

d) Automatisiertes gerichtliches Mahnverfahren (AUGEMA)

In Bayern wurde zwischen 1998 und Oktober 2001 bei dem Amtsgericht Coburg ein zentrales Mahngericht eingerichtet, bei dem sämtliche Mahnverfahren – ca. 1,5 Mio jährlich – mit dem AUGEMA-Verfahren maschinell bearbeitet werden. Ca. 65 % der Anträge werden bereits elektronisch im Datenträgeraustauschverfahren abgewickelt. Um die nach wie vor mehr als 2.000 täglich auf Papiervordrucken eingereichten Mahnanträge zu reduzieren, werden in Bayern derzeit 2 Online-Varianten des Mahnverfahrens angeboten:

- Für die vielen Anwaltskanzleien und Unternehmen, die für ihre Mahnanträge eine professionelle Mahnsoftware einsetzen, wird das Verfahren TAR/WEB eingesetzt. Damit können die elektronischen Antragsdaten digital signiert über das Internet an das Zentrale Mahngericht übersandt und auch Rückmeldungen des Zentralen Mahngerichts online für eine elektronische Weiterverarbeitung durch den Antragsteller bereitgestellt werden.
- Ferner hat sich Bayern im Verbund mit anderen Ländern dem Projekt Online-Mahntrag angeschlossen, das Gläubigern (ohne eigene Mahnsoftware) ermöglicht, im Internet ein interaktives Mahnantragsformular auszufüllen. In einer Variante werden die Anträge noch in die gesetzlich vorgeschriebenen Papier-

formulare ausgedruckt und unterschrieben an das Zentrale Mahngericht in Coburg gesandt. Diese Variante wird im laufenden Jahr dahingehend überarbeitet, dass die Anträge auf weißes Papier gedruckt werden und durch einen automatisch mit abgedruckten Strichcode im Zentralen Mahngericht vereinfacht eingescannt werden können.

In einer zweiten Variante können die Anträge - verschlüsselt und mit einer digitalen Signatur versehen – online über Internet an das Zentrale Mahngericht übermittelt werden.

2. Staatsanwaltschaften

Sämtliche 22 bayerischen Staatsanwaltschaften sind mit einem umfassenden IT-System ausgestattet, das nicht nur alle wesentlichen Arbeitsabläufe der Vorgangsbearbeitung, sondern über ein modernes leitungsgestütztes Kommunikationsnetz auch das umfangreiche Mitteilungswesen zu den Zentralregistern und den Datenaustausch mit dem Zentralen Staatsanwaltschaftlichen Verfahrensregister (ZStV) und mit der Polizei umfasst. Zum Einsatz kommt inzwischen flächendeckend die im Verbund von 9 Ländern entwickelte moderne WEB-Anwendung web.sta, die in der derzeitigen Version im Wesentlichen den Funktionsumfang der früheren terminalbasierten Anwendung SIJUS-STRAF-StA und der Nebenprogramme (Mitteilungsprogramme MIREG, Asservatenverwaltung) beibehält. Die erweiterte Version web.sta 3.0, mit der spezifische Module für Staatsanwälte (z.B. Abwesenheit und Eildienst, Sitzungseinteilung, Berichtskontrolle etc.) und ein Modul zur Freiheitsstrafenvollstreckung ergänzt und angebundene Module (z.B. Freiheitsstrafenvollstreckung, Strafzeitberechnung, Geldstrafenvollstreckung) integriert werden, befindet sich bereits in den ersten Tests; der Pilotbetrieb ist für Ende dieses Jahres vorgesehen.

Daneben wird in den Staatsanwaltschaften das selbst entwickelte Programm TV-StA eingesetzt, das mit einem weitgehend zentral gepflegten umfangreichen Bestand an Textbausteinen und –formularen eine sehr komfortable Unterstützung bei der Erstellung des Schreibwerks bietet. In dem Verfahren Geldstrafenvollstreckung (GSV) werden in einem an web.sta angebotenen Verfahrensteil bei den Staatsanwaltschaften Kostendatensätze erzeugt und anschließend an die bayernweit zuständige Landesjustizkasse Bamberg zur weiteren Verarbeitung im dortigen Kassenverfahren EDV-Kosteneinzahlung übermittelt. Die GSV wird in web.sta 3.0 integriert werden. Gleichzei-

tig wird die Textlösung TV-StA mit dem im Verbund mit Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen entwickelten Textsystem forumSTAR neu erstellt.

Die Arbeitsplätze der Staatsanwälte sind im Rahmen des Projekts bajTECH 2000 bereits flächendeckend mit vernetzten PCs und Zugang zu E-Mail und Internet ausgestattet worden. Sie haben Zugriff auf die Datenbanken beck-online, ibr-online und BAYERN-RECHT sowie im Rahmen einer Erprobung im Echtbetrieb auf die Zentrale Vollzugsdatei, in der Personen- und Haftdaten aller Inhaftierten in bayerischen Justizvollzugsanstalten gespeichert sind.

3. Projekt bajTECH 2000

Die bayerische Justiz hat am 1. Februar 2000 das Projekt bajTECH 2000 begonnen, mit dem die schwerpunktmäßig noch vorhandenen Terminalarbeitsplätze abgelöst und auf der Grundlage des flächendeckenden Justiznetzes vernetzte PC-Arbeitsplätze mit modernen Fachprogrammen eingerichtet werden sollen.

a) Ziele des Projekts

- Alle für eine IT-Unterstützung in Frage kommenden rd. 12.300 Justizarbeitsplätze werden vollständig mit vernetzter PC-Technik ausgestattet. SolumSTAR und RegisSTAR werden dabei in das Projekt eingegliedert, nachdem diese Verfahren bereits dem aktuellen Standard entsprechen.
- Für alle gerichtlichen Verfahrensbereiche mit Ausnahme des Grundbuchamts und Handelsregisters werden neue, webbasierte Fachprogramme für den PC-Einsatz entwickelt (Projekt forumSTAR).
- Im Bereich der Staatsanwaltschaften werden die erfolgreich eingesetzten Programme SIJUS-STRAF-StA einschließlich der Mitteilungsprogramme MIREG und der Asservatenverwaltung, GSV und TV-StA auf PC-basierte Lösungen umgestellt (Projekt web.sta, s.o.).
- Für die Textverarbeitung wird ein verfahrensübergreifendes Textsystem entwickelt, das im Zusammenwirken mit den Fachverfahren der Gerichte und Staatsanwaltschaften die bausteingestützte Texterstellung ermöglicht und die Entwicklung und Verwaltung elektronischer Textbausteine und Formulare unterstützt.
- Für den Erstkontakt der Bediensteten bei Fragen und Problemen im Zusammenhang mit dem PC-Einsatz am Arbeitsplatz ist ein sog. User-Help-Desk zu-

ständig, der über Telefon und Bildschirmaufschaltung Hilfestellung bei allen technischen und programmspezifischen Fragen gibt und in schwierigeren Fällen die Störungsmeldungen an die zuständige Stelle weiterleitet und die Erledigung der Meldungen überwacht.

- Die rein technischen Betriebs- und Betreuungsaufgaben ohne justizfachlichen Hintergrund (insb. die Hardware, System- und Standardsoftware und das Netz betreffend) werden – unter Wahrung der Kernkompetenz der Justiz – möglichst weitgehend auf private Firmen verlagert (sog. Outsourcing), soweit das wirtschaftlich und finanziell leistbar ist.
- Der IT-Betrieb und die IT-Betreuung werden durch den Einsatz eines modernen Fehlermanagementprogrammes (CTS) mit integrierter Wissensdatenbank optimiert.

b) Stand des Projekts

aa) Konzeptionelle Vorarbeiten

In einem ersten Projektabschnitt wurden in Zusammenarbeit mit externen Firmen die für die IT-Organisation und den IT-Betrieb notwendigen Konzepte erstellt. Als Vorgabe für die Programmierung der neuen IT-Fachverfahren (forumSTAR) wurden Fachfeinkonzepte für die gerichtlichen Verfahrensbereiche und das verfahrensübergreifende Textsystem erarbeitet.

bb) Entwicklung der Fachprogramme und des Textsystems (Projekt forumSTAR)

Auf der Grundlage der Fachfeinkonzepte wird derzeit von einer externen Firma die programmtechnische Realisierung der forumSTAR-Fachprogramme für Zivil-, Familien-, Straf-, Vollstreckungs-, Vormundschafts- und Nachlasssachen, eines integrierten Kostenprogrammes und des verfahrensübergreifenden Textsystems zu Ende geführt. Die Landesjustizverwaltungen Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen beteiligen sich an dem Projekt. Die Fachprogramme für Zivil- und Familiensachen wurden abgenommen. Das integrierte Kostenprogramm und das Textsystem wurden ausgeliefert und befinden sich derzeit in der Funktionsprüfung. Die übrigen Fachverfahren werden schrittweise bis Frühjahr 2006 ausgeliefert. ForumSTAR-Zivil wird seit November 2004, forumSTAR-Familie ab Juli 2005 im Echtbetrieb pilotiert. Der Beginn der landesweiten Einführung ist ab Herbst 2005 vorgesehen.

cc) Einrichtung der PC-Arbeitsplätze und der IT-Infrastruktur (Roll-Out)

Der Roll-Out der PC und der ansonsten notwendigen IT-Infrastruktur hat im Dezember 2002 begonnen. Er wird von einer externen Firma abgewickelt, die nach einem europaweiten Vergabeverfahren nicht nur mit der Lieferung, Installation und Inbetriebnahme der PC-Arbeitsplätze, der Infrastrukturserver und der aktiven Netzkomponenten, sondern auch mit dem Betrieb dieser Komponenten beauftragt worden ist. Bis Ende 2003 wurden in einer ersten Stufe rd. 30 über das Land verteilte PC-Schulungsräume sowie die Arbeitsplätze sämtlicher Staatsanwaltschaften und einiger gerichtlicher Abteilungen mit PC ausgestattet (ca. 2.930 PC). Seitdem wird der Roll-Out in einer zweiten Stufe bei den noch nicht ausgestatteten gerichtlichen Abteilungen durchgeführt (bis 31.12.2004 weitere rd. 3.000 PC, bis 31.12.2005 weitere ca. 3150) und im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel bis Ende 2006 abgeschlossen.

dd) Telearbeitsplätze

Durch Dienstvereinbarung vom 18. November 2003 wurde die Einrichtung von Wohnraum- und/oder Telearbeitsplätzen bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften im Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz geregelt.

Im Rahmen des Projekts bajTECH 2000 wurden nunmehr die technischen Voraussetzungen für die Einrichtung von vernetzten Telearbeitsplätzen geschaffen. Damit wird es den entsprechenden Bediensteten ermöglicht, direkt vom häuslichen PC-Arbeitsplatz aus auf die benötigten Fachanwendungen, die gespeicherten Dokumente sowie das E-Mail-Postfach zuzugreifen. Die Bediensteten an Telearbeitsplätzen sind dabei an das IT-Betreuungssystem angeschlossen und erhalten im Bedarfsfall mittels einer Fernadministrationssoftware Unterstützung bei technischen oder fachlichen Fragen und Problemen. Damit ist der Arbeitsablauf an einem Telearbeitsplatz hinsichtlich des IT-Einsatzes mit dem an einem Arbeitsplatz in der Behörde selbst vergleichbar. Durch einen gesicherten Zugang zum Justiznetz mittels eines sog. VPN (virtual private network) mit Verschlüsselung ist die Vertraulichkeit und Integrität der Daten und Dokumente ohne Performanceverlust sichergestellt.

ee) User-Help-Desk (IT-Beratungsstelle der bayerischen Justiz)

Ende November 2002 hat der User-Help-Desk - die sog. IT-Beratungsstelle der bayerischen Justiz in Amberg, kurz IBS - den Betrieb aufgenommen. Dort werden Justizbedienstete für die Klärung von Fragen und Problemen eingesetzt, die die Nutzung der Justizprogramme betreffen. Für die Erledigung von Anwenderfragen und Problemen hinsichtlich der Hardware (z.B. PC oder Drucker), System- oder Standardsoftware (z.B. Windows, MS-Word, MS-Outlook) und des Netzes ist ein externer Dienstleister zuständig, der durch ein europaweites Verhandlungsverfahren ausgewählt wurde und auch die User-Help-Desk-Infrastruktur betreibt. Inzwischen sind bereits etwa 9.500 Justizanwender an die IT-Beratungsstelle der bayerischen Justiz angeschlossen. Für den Betrieb der IT-Beratungsstelle der bayerischen Justiz wurde ein Fehlermanagementsystem eingeführt, das die zentrale Kommunikationsplattform für alle justizinternen Stellen und externen Firmen bildet, die am Betrieb und an der Betreuung der neuen IT-Technik beteiligt sind. Dadurch wird eine effiziente Problembeseitigung ermöglicht. Durchschnittlich können 65% aller gemeldeten Probleme innerhalb von 1/2 Stunde und 86% der Fälle innerhalb von 4 Stunden gelöst werden.

II. Justizvollzug

1. Technisches Konzept

Im bayerischen Justizvollzug werden überwiegend vernetzte Personalcomputer mit zentralen Datenbanken und Kommunikationsrechnern eingesetzt ("Client-Server-Architektur"). Alle bayerischen Justizvollzugsanstalten und die Bayer. Justizvollzugsschule sind an das Bayerische Behördennetz angeschlossen.

2. Ausstattung

Im bayerischen Justizvollzug sind derzeit mehr als 2.500 Computerarbeitsplätze eingerichtet. Damit sind nahezu alle unterstützungsfähigen Arbeitsplätze mit einem Arbeitsplatzrechner versehen.

3. Eingeführte Verfahren

Auf den zentralen Verwaltungsrechenanlagen der Anstalten und der Bayer. Justizvollzugsschule werden folgende selbst entwickelten Programme eingesetzt:

a) Gefangenengelderbuchführung (ADV-Geld) und Lohnabrechnung der Gefangenen (ADV-Lohn)

Mit diesen Programmen werden der Arbeitslohn der Gefangenen aufgrund von Rohdaten (Lohngruppe, Arbeitszeiten, Fehlzeiten etc.) errechnet, die Gelder der Gefangenen kassenmäßig verwaltet und die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung ausgewiesen. "ADV-Geld und "ADV-Lohn" werden derzeit in ein modernisiertes Nachfolgeverfahren "ADV-Vollzug-Lohn" überführt, in das ein von der Landesjustizverwaltung Baden-Württemberg entwickeltes Verfahren "NOVA-Zahl" weitgehend eingebunden werden soll.

b) Abrechnung der Zulagen für den Dienst zu ungünstigen Zeiten (ADV-DuZ)

Das Programm errechnet anhand von Rohdaten für jeden Bediensteten die Höhe der Zuschläge für geleisteten Dienst zu ungünstigen Zeiten (Schicht- und Wochenendzulagen).

c) Auftragsbearbeitung und Fakturierung in den Arbeitsverwaltungen (ADV-AB/FAK)

Das Programm dient der Auftragsverwaltung und Abrechnung in den Arbeitsverwaltungen der Justizvollzugsanstalten. Realisiert ist der Bereich der Einnahmen, insbesondere Auftragsverwaltung, Kalkulation und Fakturierung sowie die Einzel- und Jahresabschlüsse. Derzeit werden die Anforderungen an ein Nachfolgeverfahren festgelegt, mit dem zusätzlich auch die bisher noch nicht realisierten Verfahrensteile abgedeckt werden sollen.

d) Automation der Vollzugsgeschäftsstelle und Gefangenen-Informationssystem (ADV-VG)

Zentraler Bestandteil des Programms ist eine örtliche Datenbank mit Informationen zu den Gefangenen (Stammdaten, Haftdaten, Vollstreckungsdaten, sicherheitsrelevante Informationen) sowie zu dritten Personen (Rechtsbeistände, Verwandte, Bezugspersonen), die allen Bediensteten einer Anstalt zur Verfügung

gestellt werden. Die Informationen können mittels des Verfahrens ADV-A/K auf die DV-Anlage der Alarm- und Kommunikationsanlage (A/K-Anlage) übernommen werden.

e) Zentrale Vollzugsdatei des bayerischen Justizvollzugs (ZVD)

Informationen über Gefangene aus den örtlichen Datenbanken im Verfahren ADV-VG werden in einer zentralen Vollzugsdatei zusammengeführt und stehen dort Bediensteten der bayerischen Gerichte, Staatsanwaltschaften und Justizvollzugsanstalten sowie dem Staatsministerium der Justiz in einem abgestuften Umfang für Auskunftszwecke zur Verfügung. Darüber hinaus werden einzelne Daten über Gefangene automatisiert an einen Kopfstellenrechner des Bayerischen Landeskriminalamtes übergeben und dort in das polizeiinterne Informationssystem integriert.

f) Unterstützung der Bayer. Justizvollzugsschule Straubing im Bereich der Aus- und Fortbildung (ADV-Schule)

Ein eigenentwickeltes Programm zur Unterstützung der Verwaltung bei der Durchführung von Aus- und Fortbildungslehrgängen sowie Prüfungen im Justizvollzug ist im Bereich Bayer. Justizvollzugsschule im Einsatz.

g) Präsentation des bayerischen Justizvollzugs im Internet

Der bayerische Justizvollzug präsentiert sich seit Mai 2003 auf einem eigenen Internet-Portal. Für die Entwicklung, Einrichtung und Pflege dieser Anwendung werden ausschließlich Open-Source-Produkte verwendet.

h) Einführung des Personalverwaltungsverfahrens "DIAPERS-GX"

Zur Unterstützung der Justizvollzugsanstalten als Beschäftigungsbehörden und des Staatsministeriums der Justiz als Ernennungsbehörde wurde Ende 2004 das Personalverwaltungsprogramm "DIAPERS-GX" eingeführt. Nach der zwischenzeitlich erfolgten vollständigen Aufnahme der Personaldaten der rund 5.400 Bediensteten wird das erste Verfahrensmodul zur Erfassung und Pflege der Personalstammdaten demnächst zum Echteinsatz freigegeben. Die Verfahrensmodule für die Abfragen und Auswertungen sowie zur Einbindung der Textverarbeitung werden laufend aus-
geweitet.